

# Windräder im Gegenwind

## Klima

**Der Kanton Thurgau plant, die Energiestrategie 2050 mit Windrädern umzusetzen – zum Unmut der direkt Betroffenen. Sogar die Grünen rebellieren.**

Das thurgauische Salen-Reutenen ist an Idylle nur schwer übertreffbar: 150 Einwohner leben in der Ortsgemeinde, die einmal täglich mit dem öffentlichen Verkehr über Homburg erschlossen ist. Hier scheint die Welt noch in Ordnung. Doch der Schein trügt: «Der geplante Windpark ist eine Katastrophe», sagt Urs Ruch, 71-jähriger Rentner und Aktuar des über achtzigköpfigen Vereins Pro Salen-Reutenen. In seinem verschneiten Garten zeigt er in Richtung der vier möglichen Standorte für Windanlagen, die durch Windmessungen als günstig eingeschätzt wurden. Ein Windrad würde nur wenige hundert Meter direkt vor seinem Grundstück und der Sonne drehen und lärmern. Geplant seien insgesamt sieben rund zweihundert Meter hohe Konstrukte, die das Dörfchen umkesselten.

## Grüne gegen Windräder

Der Thurgau setze mit seinem Windparkvorhaben die am 21. Mai 2017 angenommene Energiestrategie 2020 um, heisst es im Bericht zur Richtplanänderung «Windenergie» vom Amt für Raumentwicklung. Bis 2050 müssen 40 bis 180 Gigawattstunden – das bedeutet 2,5 bis 11 Prozent des kantonalen Stromverbrauchs – vom Wind erzeugt werden. Drei Standorte (Salen-Reutenen, Thundorf und Braunau-Wuppenau) wurden in den kantonalen Richtplan aufgenommen; alle Gebiete, die sich durch ein «hohes energetisches Potenzial und vergleichsweise geringe Nutzungskonflikte» auszeichnen. Stellungnahmen waren per Eingabe bis zum 24. Januar 2019 möglich.

In dieser Periode hat Urs Ruch per Einschreiben mitgeteilt, dass Salen-Reutenen die wohl «schlechteste Ecke» für einen Windpark sei. Er habe

«gute Gründe», dass das Projekt auf Eis gelegt werde, bevor es in der Regierung und im Grossen Rat besprochen wird. Denn gemäss Ruch herrsche vor allem ein Platzproblem: Um eine Windenergieanlage müsse ein Sicherheitsabstand mit einem Radius von vierhundert Metern gezogen werden. «Das ist gesetzlich vorgeschrieben», so der Rentner. Im Winter könnten sich auf den Rotorblättern Eisschichten bilden. Für Menschen sehe er den daraus folgenden Eiswurf als Gefahr. Mehrere Häuser, Wanderwege sowie die Langlaufloipe befänden sich innerhalb der Radien.

Auch die Tiere seien bedroht, vor allem fliegende Fledermäuse, so Ruch. Das rief sogar die Grünen auf den Plan: In ihrer Eingabe an den Kanton, die der *Weltwoche* vorliegt, beziehen sie sich auf die «niedrige Reproduktionsrate» von Fledermäusen (nur ein Junges jährlich). Entsprechend hoch müsse ihr Schutz gewichtet werden. Bevor nicht «kollisionsvermeidende Massnahmen» getroffen würden, sei die Gefahr für Fledermäuse ein «Ausschlusskriterium» für den Standort Salen-Reutenen.

## «Reiner Business-Entscheid»

Ironie der Geschichte sei, sagt Urs Ruch, dass die Windverhältnisse in Salen-Reutenen gar nicht ausreichen für eine rentable Anlage. Die Einschätzung der Messwerte laute: «moderat». Was das heisst, habe er mit seinem Verein überprüft. Meteo Schweiz habe die durchschnittliche Windgeschwindigkeit gemessen: Die Stärke von 4,3 Metern pro Sekunde sei leicht defizitär, berechnet Ruch die Investition unter Berücksichtigung von jährlich 5,25 Millionen Franken über die nächsten zwanzig Jahre. Erst 5,5 Meter pro Sekunde wären gewinnbringend, sagt er.

Florian Egli, Experte für Energiepolitik an der ETH Zürich, zeigt sich nicht erstaunt darüber, dass die Windräder Gegenwind spüren: «Das komplizierte Planungsverfahren und die vielen Einsprachen ziehen die Bewilligungsfristen oft über Jahre in die Länge.» Gleichwohl sieht er Windräder zwar nicht als schnellste, aber dennoch valable erneuerbare Energiequelle – gerade wegen der günstigen Anschaffungskosten. Das

Projekt Salen-Reutenen könne er aus der Ferne nur schwer beurteilen. Solange eine Betreiberfirma entscheide, ein kantonales Projekt voranzutreiben, spielten die Windverhältnisse eine untergeordnete Rolle. «Das ist ein reiner Business-Entscheid.» Die Kantone müssten irgendwie die Energiestrategie 2050 umsetzen. Sonst müsste man Strom aus der EU anzapfen, und ein Stromabkommen würde nötig. Ein konstruktiver Dialog sei daher mit den Bürgern nötig. «Windräder finden alle gut, ist man aber selbst betroffen – Sie wissen ja.»